

07.10.2020

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

zum Antrag der Fraktionen der CDU, der FDP, der SPD und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen „30 Jahre Deutsche Einheit“ (Drucksache 17/11159)

Die Lehren aus 30 Jahre Deutsche Einheit – Einigkeit und Recht und Freiheit muss weiterhin Grundlage im vereinten Deutschland bleiben

I. Ausgangslage

Das Jahr 1949 war das Jahr, in dem sich sowohl die Bundesrepublik Deutschland in das Grundgesetz als auch die Deutsche Demokratische Republik in ihre Verfassung das Bekenntnis zur Deutschen Einheit schrieben. Mit der Neuen Verfassung der DDR von 1968 wurde dieses Bekenntnis zur Deutschen Einheit fallengelassen. Das Grundgesetz der BRD sah zwar weiterhin die Deutsche Einheit als Ziel, aber auch im Westen Deutschlands verschob sich das Ziel der Deutschen Einheit immer mehr in den politischen und auch gesellschaftlichen Hintergrund.

Über vierzig Jahre war der verbliebene Teil Deutschlands, Mittel- und Westdeutschland, nach dem Zweiten Weltkrieg in der Potsdamer Konferenz durch die Siegermächte in zwei Teile geteilt worden. Die Last dieser Teilung erfuhr nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa. An der innerdeutschen Grenze standen sich fortan die Supermächte und ihre jeweiligen Verbündeten schwer gerüstet gegenüber. Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war damit auch untrennbar mit den weltpolitischen Ereignissen verbunden.

Insbesondere die reformatorischen Bestrebungen in der Sowjetunion durch den neuen Generalsekretär der KPDSU, Michael Gorbatschow, mit Glasnost (Transparenz) und Perestroika (Umgestaltung) legten den Grundstein für eine beginnende Emanzipation der mittel- und osteuropäischen Völker innerhalb des Warschauer Paktes. Besonders hervorzuheben ist dabei die Rolle der Solidarność-Bewegung in der Volksrepublik Polen sowie die Demokratisierung der Volksrepublik Ungarn im Herbst 1989.

Das politische Tauwetter in der Sowjetunion und in Teilen des Warschauer Paktes setzte auch in Teilen der Bevölkerung der DDR die Hoffnung, dass es zu Reformen kommen kann. Zweifel und Ängste blieben dennoch. Die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes 1953 in der DDR, die blutigen Niederschlagung der Aufstände in Ungarn 1956 und des Prager Aufstandes in der ČSSR 1968 waren noch in intensiver Erinnerung.

Doch nach den Reformen in der UdSSR durch Gorbatschow Mitte der 80er Jahre versammelten und organisierten sich immer mehr Menschen, protestierten still und friedlich gegen Umweltzerstörung, für freie Wahlen und für die Entwaffnung der Streitkräfte. Selbst die

Datum des Originals: 07.10.2020/Ausgegeben: 07.10.2020

Friedfertigkeit der Friedens-, Umwelt- und Kirchengruppen hinderte die SED-Kader nicht daran, diese Gruppen sowohl offen mit staatlichen Repressalien als auch verdeckt durch die Stasi-Methode der sogenannten „Zersetzung“ massiv zu bekämpfen.

Dies hätte letztlich auch Erfolg gehabt, jedoch wurde in der vorher politisch nicht aktiven Bevölkerung die Unzufriedenheit mit der Staatsführung und ihrer durch die Staatsmedien dargestellten Wirklichkeit immer größer. Die subjektiv wahrgenommene Realität und die in den Staatsmedien verkündete Realität wichen immer mehr voneinander ab und zerstörten dabei das letzte Vertrauen in die Staatsführung.

Solidarisierungseffekte mit den durch die SED und Staatsmedien verunglimpften Bürgerrechtlern und Umweltaktivisten waren die Folge. Die Demonstrationen in der DDR wurden vielfältiger und wirkmächtiger.

Dennoch versuchte die SED-Führung mit Verweis auf die Niederschlagung der Protestbewegung am 4. Juni 1989 auf den Tian'anmen-Platz in Peking letzte Ängste zu mobilisieren - mit gegenteiligem Erfolg. Angesichts des Tian'anmen-Massakers war das unabänderliche Motto der Demonstranten „Keine Gewalt“. Verunglimpfungen der Demonstranten durch die SED-Medien als „Rowdys“ und „Klassenfeinde“ wurden mit dem Ruf „Wir sind keine Rowdys – Wir sind das Volk!“ begegnet.

Nach der entscheidenden Montagsdemo am 09. Oktober 1989 in Leipzig wurde auch vermehrt in anderen Städten demonstriert. Die Reformbewegung bekam überall großen Zulauf und sorgte für eine rasante politische Entwicklung.

Dennoch versuchte die SED bis zum Schluss, die Oberhand zu gewinnen. Halbherzige Reformversprechen verbunden mit dem Drang, die Protestbewegungen zu zerstören, blieben der letzte Strohalm, die SED-Macht weiter abzusichern. Der Gründer der Ost-SPD, Gunter Weißgerber, schrieb dazu am 03. Oktober 2020 in der Zeitschrift „The European“: „Das Streben der SED war nach dem Mauerfall immer stärker darauf gerichtet, diese riesigen Demonstrationen einzuschläfern. Ein Mittel hierzu waren Diffamierungsversuche, wonach die Demonstrationen faschistische Tendenzen hätten und deshalb niemand mehr hingehen solle. Wir mussten damals alles daransetzen, die Demonstrationen zu perpetuieren.“¹

Letztlich gewannen die Demonstranten, diese wollten nicht mehr nur „das Volk“ sein, sondern auch „EIN Volk“ wieder werden. Diesem Ruf konnte sich auch nicht die Bundesrepublik und mit ihr Helmut Kohl entziehen. Er packte die Gelegenheit beim Schopf und präsentierte der gesamtdeutschen Öffentlichkeit am 28. November sein 10-Punkte-Programm zur deutschen Einheit.

Die ostdeutsche Bevölkerung vollbrachte aber nicht nur die historische Leistung der friedlichen Revolution, sondern sie bewältigte auch die komplette Transformation des Wirtschaftssystems. Verbunden damit war die kollektive Erfahrung, dass bisherige Erwerbsleben entwertet und verworfen, bisherige Lebensleistungen nicht anerkannt wurden und man sogar bis zum Sozialhilfeempfänger entwürdigt wurde. Aber auch das Aufbegehren und die Rückbesinnung auf die eigene Tatkraft und den Gestaltungswillen können die Menschen der neuen Bundesländer für sich in Anspruch nehmen. Damit haben sie als „ostdeutsche Avantgarde“² der gesamtdeutschen Entwicklungen Vorschub geleistet.

¹ <https://www.theeuropean.de/gunter-weissgerber/gunter-weissgerber-ein-blick-hinter-die-kulissen-deutschlands-nach-1945/>

² Engler, Wolfgang (2002). Die Ostdeutschen als Avantgarde: Berlin. Aufbau Verlag

Wirtschaftliche Transformationsprozesse mit all ihren sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Verwerfungen gab und gibt es nicht nur in den beigetretenen fünf neuen Bundesländern, sondern auch inmitten der westdeutschen Gesellschaft.

Die Erfahrungen der Wende und der wirtschaftspolitischen Transformation, die die ehemaligen DDR-Bürger machen mussten, sind Lehre und Mahnung zugleich. Das „Dunkeldeutschland“ gibt es nicht nur im Gebiet der ehemaligen DDR, sondern nun auch in ganz Deutschland. Es ist die Aufgabe der Politik, weiter an der Einheit der Deutschen zu arbeiten, auch 30 Jahre nach der Deutschen Einheit.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

1. Die Deutsche Einheit ist Geschenk und die Verpflichtung zur Einhaltung demokratischer Werte zugleich.
2. Die deutsche Wiedervereinigung war ein singuläres Ereignis, das sowohl der Entschlossenheit und dem Durchhaltewillen einiger wichtiger politischer Entscheidungsträger sowie auch glücklichen Umständen zu verdanken war. Der Einsatz von Helmut Kohl, der mit seinem 10-Punkte-Programm den Weg für die Deutsche Einheit vorbereitete, verdient dabei eine besondere Würdigung.
3. Eine wesentliche Grundlage für das Ende der SED-Diktatur war der für breite Bevölkerungskreise erkennbare ökonomische und ökologische Kollaps der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR und anderen Ländern des Warschauer Paktes.
4. Die friedliche Revolution als Wegbereiter der deutschen Einheit war erst durch die vielen mutigen Menschen möglich, die schon jahrelang vorher alleine oder in Gruppen für Freiheit und freie Wahlen gekämpft haben.
5. Der finale Sturz der SED-Diktatur konnte erst stattfinden, als die relativ wenigen Bürgerrechtler eine breite und offene Unterstützung durch weite Teile der vormals schweigenden Mehrheit der DDR-Bevölkerung erhielten.
6. Im Gegensatz zu vielen politischen Akteuren der BRD und auch vielen Bürgerrechtlern der DDR, die von einem „dritten Weg“ zweier deutscher demokratischer Staaten träumten, war der Wunsch nach deutscher Einheit in der breiten Bevölkerung intensiver ausgeprägt: Zur ersten und letzten freien Wahl in der DDR haben Parteien, die sich für die deutsche Einheit aussprachen, über 75 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von über 93,4 Prozent erhalten - ein eindeutiger Auftrag.
7. Wesentliche Stütze der SED-Diktatur waren neben den repressiven Handlungen staatlicher Akteure auch Anpassung, Opportunismus und innere Migration der breiten Bevölkerung: Eine lebendige Demokratie braucht daher die Aufforderung und die uneingeschränkte Möglichkeit zur aktiven demokratischen Teilhabe, unabhängig davon, welche politische Meinung vertreten wird.
8. Ein Höhepunkt der Demokratiebewegung in der DDR und anderen Ostblockstaaten war die Kultur der „Runden Tische“ – ein gleichberechtigtes und nicht ausgrenzendes Neben- und Miteinander unterschiedlicher Ideen und politischer Konzepte mit dem Ziel, gemeinsam Lösungen für die aktuellen Probleme zu finden. Dieses zutiefst demokratische Prinzip bedarf in der heutigen Zeit einer Renaissance.
9. Die Unterdrückung der Freiheit der Menschen in der DDR geschah nicht nur durch direkte staatliche Gewalt, sondern auch durch subtilere Methoden der Unterdrückung der Meinungsfreiheit: Entwicklung einer Herrschaftssprache sowie die Ausgrenzung und Stigmatisierung von unliebsamen Menschen. Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung erleben diese Methoden eine Renaissance – es bedarf eines

wachen Geistes und aufrechter Haltung, diese Methoden zu erkennen und zu bekämpfen.

10. Die Spiegelung und Kommentierung der Ereignisse durch den Rundfunk der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins war ein Katalysator für die friedliche Revolution. Der Widerspruch zwischen der subjektiven und der durch staatshörige Medien veröffentlichten Realität wurde dankenswerterweise erst durch freie und kritische Berichterstattung der sogenannten „Westmedien“ aufgelöst. Berichte über Zustände und Ereignisse in der DDR sorgten für eine kollektive kritische Reflektion der Lebensumstände – der Bürger merkte: Er war mit seiner subjektiven Wahrnehmung nicht allein.
11. Das Selbstbild der heutigen ostdeutschen Bevölkerung resultiert nicht nur aus der gemeinsamen Zeit unter der SED-Diktatur und während der friedlichen Revolution, sondern auch aus der kollektiven Erfahrung der massiven gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und moralischen Verwerfungen, die sie gemeinsam nach der deutschen Wiedervereinigung in den 90er Jahren erleben musste.
Abseits der Sonntagsreden zu Jahrestagen der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung wird seitens der saturierten Politik und sogenannten Zivilgesellschaft nur selten für Verständnis und Zusammenhalt zwischen den Ost- und Westdeutschen geworben. Stattdessen belegt man sich im innerdeutschen Dialog zunehmend mit spalterischen Kampfbegriffen wie „Dunkeldeutschland“ oder „Dünkeldeutschland“. Es muss mehr Wert auf das Zuhören gelegt werden. Jedermann und Jedefrau kann et was zur gesellschaftlichen Einheit und Verständigung beitragen und soll dabei alle Wertschätzung erfahre.

Helmut Seifen
Markus Wagner
Sven W. Tritschler
Andreas Keith

und Fraktion